

**Antwort  
der Bundesregierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Frau Vennegerts und der Fraktion  
DIE GRÜNEN**  
— Drucksache 11/2776 —

**Anschaffung von personenbezogenen Dienstfahrzeugen**

*Der Bundesminister der Finanzen – II A 1 – H 1322 – 52/88 – hat mit Schreiben vom 26. August 1988 namens der Bundesregierung die Kleine Anfrage wie folgt beantwortet:*

**Vorbemerkung**

Der Bundesminister der Finanzen legt in seinem jährlichen Haushaltsaufstellungsrundschreiben fest, welche Preis- und Motorleistungsgrenzen (in kW) bei den Haushaltvoranschlägen für die Beschaffung personengebundener Dienstkraftwagen zugrunde zu legen sind. Für die Beschaffung der Fahrzeuge ist die Veranschlagung im Haushalt maßgeblich mit den dazugehörigen Erläuterungen, die für jedes dieser Fahrzeuge die kW-Grenze, den Fahrzeugpreis und den Preis für die Sonderausstattung enthalten.

Bundesregierung und Parlament nehmen auf „Rabatte“ im Sinne zulässiger Preisabschläge gegenüber den normalen Listenpreisen der Hersteller keinen Einfluß. Es bleibt den im Wettbewerb stehenden Anbietern überlassen, welche Fahrzeugmodelle sie im Rahmen der gesetzten Grenzen anbieten. Deshalb werden im Zeitpunkt der Fahrzeugbeschaffung auch keine „Rabatte“ seitens der Bundesregierung ermittelt. Preisabschläge gegenüber den normalen Listenpreisen sind – solange sie generell für alle Mitglieder der jeweiligen Personengruppe gelten – ein unbedenkliches Ergebnis einer marktwirtschaftlich üblichen Preisdifferenzierung. Bedenken beständen dann, wenn einzelnen Gruppenmitgliedern personenbezogene Sondervergünstigungen eingeräumt würden. Aus diesem Grunde weist der Bundesfinanzminister in seinem Haushaltsaufstellungsrundschreiben ausdrücklich darauf hin, daß nur die „üblichen Behördenrabatte“ akzeptiert werden dürfen.

Die Bundesregierung sieht es im übrigen nicht als bedenklich an, wenn sie auf einem Teilmarkt mit besonders hohem Wettbewerb preisgünstige Fahrzeuge erwerben kann, zumal sie auf anderen Teilmärkten mit geringem Wettbewerb – insbesondere dem Markt für geschützte Sonderfahrzeuge – vergleichsweise hohe Preise zu zahlen hat.

1. Welche Dienstfahrzeuge zu welchen Anschaffungskosten wurden im Jahr 1988 für welche Staatssekretäre bzw. Parlamentarischen Staatssekretäre (bzw. im Auswärtigen Amt Staatsminister) beschafft?

1988 wurden folgende Fahrzeuge angeschafft:

Ressort	StMin PSt St	Marke Typ	Anschaffungskosten (einschließlich Sonderausstattung) – DM –
Bundespresseamt	St	BMW 730	41 949
Auswärtiges Amt	StM	BMW 730	41 515
BM des Innern	PSt	BMW 730	41 857
BM der Justiz	St	BMW 730	40 990
BM für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	PSt	BMW 730	41 211
BM für Verkehr	St	DB 260 SE	41 919
BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit	St	DB 260 SE	41 919
BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	PSt	BMW 730	42 111
BM für Bildung und Wissenschaft	St	DB 126	54 456
			39 955
			42 000

2. Welche Rabatte wurden bzw. werden von den Firmen BMW bzw. Daimler-Benz bei der Beschaffung personengebundener Dienstfahrzeuge für Staatssekretäre bzw. Parlamentarische Staatssekretäre (bzw. im Auswärtigen Amt Staatsminister) eingeräumt?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

3. Welche Staatssekretäre bzw. Parlamentarischen Staatssekretäre (bzw. im Auswärtigen Amt Staatsminister) fahren welches personengebundene Dienstfahrzeug (Typ, Beschaffungspreis)?

Außer den zu Frage 1 aufgeführten Dienstfahrzeugen werden z. Z. die nachstehend genannten Dienstfahrzeuge benutzt:

Ressort	StMin PSt St	Marke Typ	Anschaffungskosten (einschließlich Sonderausstattung) – DM –
Präsidialamt	St	DB 260 SE	57 701
Bundeskanzleramt	StM PSt St	DB 260 SE DB 260 SE BMW 728	43 673 41 208 39 777
Auswärtiges Amt	StM St St	DB 260 SE DB 260 SE DB 260 SE	40 875 39 241 41 062
BM des Innern	St	BMW 730	41 001
BM der Justiz	PSt	BMW 730	40 416
BM der Finanzen	PSt PSt St St	DB 260 SE DB 260 SE DB 260 SE BMW 730	39 525 42 777 41 834 40 808 38 728
BM für Wirtschaft	PSt St St	DB 260 E DB 260 SE BMW 728	39 600 40 800 39 192
BM für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	St	DB 260 E	36 000
BM für Arbeit und Sozialordnung	PSt PSt St St	DB 260 SE DB 260 SE BMW 730 BMW 730	39 200 39 200 37 199 41 927
BM für Verkehr	St	BMW 730	37 100
BM für das Post- und Fernmeldewesen	St	BMW 735	40 297
BM der Verteidigung	St St St PSt St	DB 260 SE DB 260 SE DB 280 S BMW 730 BMW 728	39 430 39 580 35 200 40 800 39 000
BM für Jugend, Familie, Frauen und Gesundheit	PSt St	DB 124 DB 126	39 000 38 000
BM für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit	PSt PSt St	DB 260 E BMW 730 DB 260 E	– Übernahme vom BMWi – 40 785 39 600
BM für wirtschaftliche Zusammenarbeit	PSt	Audi 200	53 459
BM für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau	PSt	DB 126	37 429
BM für innerdeutsche Beziehungen	PSt PSt St	DB 280 S DB 260 SE BMW 730	32 000 39 600 41 000
BM für Forschung und Technologie	PSt St	BMW 730 BMW 730	41 033 40 985
BM für Bildung und Wissenschaft	St	DB 260 SE	40 000

4. Hält es die Bundesregierung für vertretbar, daß Staatssekretäre bzw. Parlamentarische Staatssekretäre sich über die vorgegebenen Richtlinien für Dienstfahrzeuge hinwegsetzen?

Die Bundesregierung hält es generell nicht für vertretbar, daß verbindliche Regeln nicht eingehalten werden.

5. Sind der Bundesregierung weitere Überschreitungen des Haushaltsaufstellungserlasses durch Staatssekretäre, Parlamentarische Staatssekretäre oder Minister bekannt?

Auf die Vorbemerkung wird verwiesen.

6. Sollten nichtstatthafte Nachlässe bei der Beschaffung von Dienstfahrzeugen erfolgt sein, welche Konsequenzen wird die Bundesregierung aus dem Sachverhalt ziehen?

Der Bundesregierung liegen keine Anhaltspunkte für nicht statthafte Nachlässe vor.